

Klaus-Peter Puls:

Fünf-Prozent-Klausel weg – Nazis rein?

Zur heutigen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts im Organstreitverfahren der Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen gegen die 5 %-Sperrklausel bei Kommunalwahlen erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Puls:

Wir halten die Fünf-Prozent-Klausel weiterhin nicht nur für geeignet, sondern für erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften sicherzustellen, um der Zersplitterung unserer Kommunalparlamente in allzu viele miteinander nicht koalitionsfähige Kleingruppen vorzubeugen, aber auch und nicht zuletzt, um möglichst auf Dauer unsere kommunale Demokratie vor undemokratischen links- oder rechtsextremistischen Splittergruppen zu schützen.

Kreistage und Gemeindevertretungen sind Teile der Kommunal-Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger können und dürfen erwarten, dass die sachorientierte Erledigung der örtlichen Angelegenheiten nicht durch partei-ideologische Scharmützel behindert wird. Ein Erfolg der grünen Klage würde die Rathäuser für NPD und andere Propagandatruppen öffnen: Fünf-Prozent-Klausel weg - Nazis rein?

Wir teilen die Auffassung des Vorsitzenden im zuständigen Senat des Bundesverfassungsgerichts, Hassemer, dass zentrale Einschnitte in das Wahlrecht nur durch „gute Gründe“ gerechtfertigt werden können. Als SPD-Landtagsfraktion sehen wir überhaupt keinen Grund.